

# Schneider-Zeitung

Organ

des Verbandes christlicher Schneider, Schneiderinnen  
und verwandter Berufe Deutschlands.

Herausgegeben vom Zentralvorstande.

Geschäftsstelle Köln a. Rhein, Palmstraße 14. — Telefon B 15-47.

Erscheint alle 14 Tage Samstags.  
Abonnementpreis pro Quartal 1 M.  
ohne Bestellgeld.  
Abonnements-Einstellungen nimmt jede  
Postanstalt entgegen.  
Bei Zusendung unter Kreuzband 1.20 M.  
Verbandsmitglieder erhalten das Organ  
gratis.

Redaktion und Expedition Köln a. Rh.,  
Palmstraße 14.  
Bestellungen für direkte Zusendung,  
Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle  
zu richten.  
Redaktionschluss:  
Montag-Mittag.

Nr. 3.

Köln, den 10. Februar 1912.

9. Jahrgang.

**Inhalt:** Nach der Reichstagswahl. — Lohnbewegungen und Differenzen. Kampf oder Friede in der Holzbranche? Die Aufseherbewegung in Mainz. Der Streit im Wschaffener Gebiet erfolgreich beendet. Neuer Tarifvertrag. — Verbandnachrichten. — Aus den Abteilungen: Jahresbericht der Zahlstelle Köln im Jahre 1911. Hamburg. Kiel. München. Wilhelmshafen. — Rundschau: Innungen und Arbeitgeberverbände. Die neuen Invalidenlatten. Die freien Hilfskassen. Internationales Arbeitsamt. Eine bemerkenswerte Entscheidung. Ein Nachspiel zum Breslauer Konfektionsstreik. Verunfallmonarchist. — Adressenänderungen. — Arbeitsnachweis. — Nachruf. — Interieur.

## Nach der Reichstagswahl.

Im deutschen Volke ist soeben ein Ringen beendet worden, wie es seit dem mehr als vierzigjährigen Bestehen des Deutschen Reiches noch selten beobachtet werden konnte. Am 12. Januar sind über 12 Millionen Wähler zum Wahlstisch geschritten, um ihr Wort abzugeben über die künftige Gestaltung der politischen Dinge in Deutschland. Dem Wahltag ging ein mehrwöchiger Kampf voraus, in dem an gegenseitiger Zerfleischung das Menschennögliche geleistet wurde. Zwischen Sozialdemokratie und bürgerlichen Parteien spielt sich der Wahlkampf stets in großer Schärfe ab. Das ist zu verstehen. Die Sozialdemokratie erstrebt die Befestigung der Grundlagen des gegenwärtigen Staates; sie will ein ganz neues Staats- und Gesellschaftsgebäude aufrichten. Alle übrigen Parteien dagegen wollen nur eine Umgestaltung von bestimmten Zuständen und Verhältnissen innerhalb des bestehenden Staatsgebäudes herbeiführen. Nun hat sich bezeichnenderweise unter den bürgerlichen Parteien selbst der letzte Wahlkampf vielfach mit einer Erbitterung abgespielt, die größer war als die in dem Kampfe zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits in die Erscheinung getreten. Das ist für diejenigen, die die Welt nicht ausschließlich durch eine einseitige Parteilinie ansehen, kein erhebendes Schauspiel. Insbesondere nicht zu einer Zeit, in welcher das deutsche Volk alle Veranlassung hätte, gegenüber seinen schier unzähligen Neidern im Ausland auf eine größtmögliche innere Geschlossenheit bedacht zu sein. Deutschland ist heute ein Land, das Rohstoffe vom Ausland (Erze, Kupfer, Baumwolle etc.) in großer Menge beziehen und ein gewaltiges Quantum Fertigfabrikate wieder an das Ausland verkaufen muß. Nur durch gesteigerte Inlandsproduktion und erhöhten Außenhandel kann Deutschland seine jährlich um 900.000 Köpfe zunehmende Bevölkerung auf heimatischem Boden ernähren und ihr die Existenzmittel verschaffen. Deutschlands wirtschaftliche Entwicklung ist durch die Reg- und Streblamkeit seiner Bevölkerung in den letzten 1 1/2 Jahrzehnten in schnellerem Tempo vorwärts geschritten, als die fast aller übrigen höherentwickelten Kulturstaaen. Das hatte zur Folge, daß die letzten Staaten Deutschland bei dem Bezug seiner Rohprodukte vom Ausland und bei dem Verkauf seiner Waren an das Ausland in stets steigendem Maße Schwierigkeiten zu machen suchten. Auf diesem Hintergrund betrachtet, war die politische Spannung des letzten Sommers wegen Marokko zu erklären, die nahe daran war, sich in einem Weltkriege auszulösen. Und auch in der Gegenwart spielen sich wieder in Persien, in den Balkanländern und im gewaltigen chinesischen Reich, Vorgänge von ungeheurer wirtschaftlicher Tragweite ab, die für den Gang der künftigen Wirtschaftsentwicklung Deutschlands von der allergrößten Bedeutung sind. Und in dieser selben Situation gerät sich das deutsche Volk anlässlich eines Wahlkampfes in einer Weise

wie noch nie, seitdem es ein neues Deutsches Reich gibt, und schied in das Reichsparlament 110 Sozialdemokraten, die die Reichsregierung an der Wahrnehmung der weltwirtschaftlichen Interessen Deutschlands zu behindern suchten. Gegen Weltpolitik, gegen Militarismus, gegen Marinismus war der Schlachtruf, mit dem die Sozialdemokratie in den Wahlkampf zog, in demselben Moment, wo Amerika, England, Rußland und Japan, in deren Staaten die Sozialdemokratie nichts zu melden hat, sich anstehen, in dem in politischer Umgestaltung begriffenen gewaltigen Chinesenreich die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihrer Völker für die Zukunft sicherzustellen. Das „Volk der Dichter und Denker“ aber ergoß sich in diesem weltgeschichtlichen Augenblick an politischen Schlagworten, mit denen in Wirklichkeit nur der wahre Hintergrund des Wahlkampfes verdeckelt wurde, was sich in absehbarer Zeit mit Sicherheit herausfinden wird. Die Entscheidung dieses Hintergrundes werden auch wir uns anlegen sein lassen, wenn erst der Reichstag und seine neue Zusammenlegung ihre Orientierung in der Politik gefunden haben werden.

Wie nicht anders zu erwarten, wie vielmehr mit Sicherheit voraussehen war, ist bei dem gegenseitigen Verurteilen der bürgerlichen Parteien die Sozialdemokratie der alleinige lachende Dritte gewesen. Sie führt die Ehre in ihre Scheune. Ganz und innerlich zufrieden ist allerdings auch die Sozialdemokratie nicht. Zufrieden ist sie ohne Zweifel mit den auf sie entfallenen 4 1/4 Millionen Stimmen; ob aber deren Führer eine wahre Freude empfinden über die der Sozialdemokratie zugefallenen 110 Mandate, möchten wir stark bezweifeln. Jetzt ist es mit bloßen trügerischen Worten in Versammlungen nicht mehr getan. Die Stärke der Sozialdemokratie wird jetzt zugleich zu ihrer Schwäche werden. Sie hat bei den Massen, um deren Stimmen sie bei dem Wahlkampf warb, die trügerischen Erwartungen und Hoffnungen erweckt. Die Massen der Unzufriedenen, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgaben, wollen nunmehr ohne Zweifel auch entsprechende sozialdemokratische Leistungen im Reichstage sehen. Hat doch früher die Sozialdemokratie den stärkeren bürgerlichen Parteien unausgesetzt den Vorwurf gemacht, daß sie vor den Wahlen dem Volke alle versprochen und nachher nichts hielten, daß diese Parteien alle Forderungen der Arbeiter an die Reichsregierung verwirklichen könnten, wenn sie nur ernsthaft wollten. Nun wollen, deutsche Sozialdemokratie: Jetzt zeige, was du kannst! Mit Ausreden und Ablenkungsmanövern, die die französische Sozialdemokratie seit Jahren praktizierte, kommt die deutsche nicht durch. Dafür sorgt die christliche Arbeiterbewegung. Die Sozialdemokratie soll nur jetzt das zu verwirklichen suchen, was sie den Massen im Wahlkampf vorgelogen hat. Die „Leipziger Volkszeitung“ (Nr. 11) sagt bereits in Ahnung der Dinge, die da kommen werden, daß man sich innerhalb des sozialdemokratischen Lagers nicht verwirren lassen solle in der klaren Erkenntnis, „daß die kapitalistische Welt nicht mit dem Stimmzettel zu erobern ist, daß eine „Weltwende“ nicht durch den parlamentarischen Kampf herbeigeführt wird“. Weiter befürchtet das gleiche Blatt, daß wir „einer Zeit gewaltiger Konflikte, innerer wie äußerer, entgegengehen“. „Der Proletarier“ (Nr. 4), das Organ des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes, geht noch bedeutend weiter, indem er unter der Überschrift „Eine neue Epoche?“ u. a. schreibt:

„Was darf die Klassenbewusste Arbeiterchaft Deutschlands von der gewaltig gestärkten sozialdemokratischen Reaktion erwarten? Die „Metallarbeiter-Zeitung“ verspricht sich von dem großen Wahlerfolg der Sozialdemokratie, eine neue Epoche der inneren und äußeren Politik des Deutschen Reichs.“ Das kann und soll nicht so verstanden werden, als ob nunmehr mit einem Aus auf die Verwirklichung der großen Ziele des Sozialismus, an die allgemeine Vergesellschaftung der Produktionsmittel heranzutreten

werden solle. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ betont selbst, daß die Sozialdemokratie allein, trotz ihrer gewaltigen Zunahme an Wählerstimmen wie an Mandaten, zur Durchsetzung einer auch nur einigermaßen tiefgehenden Umwandlung unserer politischen Verhältnisse leider noch immer zu schwach ist. Und wäre sie selbst im Volk und im Parlament stark genug, durch Mehrheitsbeschluß grundlegende Änderungen in der sozialen Verfassung des Gesellschaftskörpers durchzuführen, so würde von anderen Schwierigkeiten ganz abgesehen, die erste Frage die sein, ob Deutschland inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas auf eigene Faust einen entscheidenden Schritt in der Richtung zum Sozialismus tun kann. Die bisherige Auffassung der starken Köpfe des wissenschaftlichen Sozialismus war die, daß jeder Versuch, ein bestimmtes territoriales Gebiet von der Außenwelt loszutrennen, zum Zweck der Verankertung sozialistischer Experimente, ein utopistisches Unterfangen sei. Bei den modernen Verkehrs- und weltwirtschaftlichen Beziehungen der Völker untereinander läßt sich das Deutsche Reich nicht als Eiland behandeln, in dem unbekümmert um die wirtschaftlichen Zustände der Umwelt nach einem vorher genau fixierten Plan beliebige Umgestaltungen vorgenommen werden können. Die fortschreitende Entwicklung zum Ziele der Sozialisierung der Gesellschaft muß eine annähernd gleichmäßige in allen Kulturstaaen der Welt sein, wenn schwere Rückschläge vermieden werden sollen. Die Zwickel der ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen sind ja auch in allen modern-kapitalistischen Staaten dieselben. ... Die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze bürden also in unserer internationalen Zeitperiode immer mehr für ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt. Die erste und Hauptaufgabe, die den zu Machtfaktoren herangewachsenen sozialistischen Parteien der Großstaaten zufällt, besteht darin, die großen Unterschiede im politischen Aufbau der einzelnen Staaten auszugleichen. ... Die deutsche Arbeiterchaft muß nach dem ruhmvollen Abschluß des Kampfes, in dem sie ihre ganze Kraft aufgebracht hat, Wert darauf legen, daß später, wenn sie die auf den neuen Reichstag gesetzten Erwartungen nicht in Erfüllung gehen sollten, sofort jemand die Tatsachen in die Augen springt: Nicht bei der Sozialdemokratie liegt die Schuld!“

Jetzt wissen die „Genossen“, woran sie sind. Mit diesen Darlegungen wird der Glaube an die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus vollständig in Frage gestellt. Daß dies direkt nach einem großen sozialistischen Wahlerfolge ausgesprochen wird, nachdem man vorher einige Wochen lang im Wahlkampf in den Köpfen der Massen noch die utopistischen Hoffnungen erweckt hat, ist das Bezeichnende an der Sache. Daß die „ununterbrochenen wirtschaftlichen Umgestaltungen“ in allen modernen kapitalistischen Staaten dieselben sind und daß die dem Kapitalismus innewohnenden Gesetze ... immer mehr ein annähernd gleichmäßiges Fortschreiten der sozialen Entwicklung in allen sogenannten zivilisierten Ländern der Welt bewirken, steht mit den Tatsachen im schroffen Widerspruch. Im Gegenteil: Die Vorbedingungen für den Sozialismus sind in den einzelnen Staaten die denkbar verschiedensten, was schon in der völlig ungleichmäßigen Entwicklung und Verbreitung der Sozialdemokratie deutlich in die Erscheinung tritt. In der „Neuen Zeit“ sagt Kautsky, daß bei der verflochtenen Reichstagswahl 35% aller über 25 Jahre alten Männer sozialistisch gestimmt hätten, wohingegen von den 3 1/2 Millionen junger Leute von 18—25 Jahren anzunehmen sei, daß sie zur Hälfte auf sozialistischer Seite stünde. Wie sieht es dagegen in den anderen Ländern aus? In dem kulturell und wirtschaftlich hochentwickelten England und den Vereinigten Staaten von Amerika bedeutet die Sozialdemokratie fast nichts, in Rußland und dem aufstrebenden Japan fast noch weniger wie nichts. Den sozialistischen Gedanken in den verschiedensten Staaten zu gleicher Zeit auf eine gleich hohe Stufe zu entwickeln, ist ein Ding der Unmöglichkeit. Und

is schließlich in England, in den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, in Japan der Sozialismus die Stufe erreicht, auf der er bereits in Deutschland angelangt ist, hat in Deutschland die Sozialdemokratie ohne Zweifel längst wieder abgewirtschaftet. Die mit der sozialistischen Ideemwelt aufgepeitschten Massen lassen sich in einem Lande nicht jahrzehntelang von der Verwirklichung der sozialistischen Ziele abhalten mit dem bloßen Vorwand, daß in anderen Ländern die Vorbedingungen für den Sozialismus noch nicht gegeben seien. Der Marx'sche Sozialismus, auf den die deutsche Sozialdemokratie schwört, aber läßt sich, wie „Der Proletarier“ ganz mit Recht sagt, ebenso wenig „inmitten der kapitalistisch organisierten Staaten Europas“ für „ein bestimmtes territoriales Gebiet“ durchführen.

Für die deutsche Sozialdemokratie bedeutet das Ergebnis des Wahlkampfes ohne Zweifel ganz gewaltige innere Kämpfe. Sie muß jetzt in absehbarer Zeit, nachdem sie 50 Jahre lang mit Schlagworten und Utopisierungen den Massen die Köpfe verleierte hat, diesen zeigen, was sie kann; sie muß jetzt herstellen das Gleichgewicht zwischen den Erwartungen der mit der fruchtigsten Sprache aufgepeitschten Masse, der jedweden Urteil über politische Möglichkeiten abgeht, und den sozialistischen parlamentarischen Taten. In vielen Situationen wird der Sozialdemokratie gar nichts anderes übrig bleiben, als das zu tun, was sie früher an bürgerlichen Parteien verrichtet. Vor die Wahl gestellt zwischen einer sprunghaften oder einer stetigen langsamen Entwicklung der Sozialdemokratie ist für deren Gegner, insbesondere auch für die christliche Arbeiterbewegung, die sprunghafte Entwicklung der wünschenswertere Zustand.

Die christliche Arbeiterbewegung kann also mit Ruhe den kommenden Dingen entgegengehen. Sie war weiter bei dem Wahlkampf der alleinige Faktor, der der sozialdemokratischen Frage Stand zu halten vermochte. Der industrielle Westen, das Hauptverbreitungsgebiet der christlichen Gewerkschaften, hat in der Hauptwahl nur einen Sozialdemokraten in den Reichstag gewählt: die alte sozialistische Hochburg Solingen. Aus allen anderen Wahlkreisen hätte die Sozialdemokratie in der Stichwahl verdrängt werden können, wenn sich die bürgerlichen Parteien nicht so schrecklich uneins gewesen wären. In den Bezirken mit besonders stark entwickelter christlich-nationaler Arbeiterbewegung wurden der Sozialdemokratie zwei ihrer bedeutsamsten Mandate: Duisburg und Bochum abgenommen. Der industriellste Bezirk Europas von Duisburg bis Hamm schied drei christliche Gewerkschaftler: Giesberts, Hedmann und Schiffer, und lediglich einen Sozialdemokraten in den Reichstag. Die drei Kollegen wurden gewählt mit je 40 000, 58 000 und 79 000 Stimmen. Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt daher mit Recht:

„Der wichtigste Teil der Schwerindustrie, drei Wahlkreise mit etwa 400 000 Wählern, hat sich entschieden gegen die sogenannte Arbeiterpartei ausgesprochen. Um das beurteilen zu können, muß man den Zübel gehört haben, mit dem das Resultat, daß Due in Bochum gefallen sei... aufgenommen wurde. Das war... überzeugte Begeisterung gegen den Sozialismus. Der Gedanke der christlich-nationalen Arbeiterbewegung hat gefiegt dort wo Arbeitermassen so dicht wie nirgendwo in Deutschland zusammen leben, er hat gesiegt über die bde Verblöding und Verhegung der „freien“ Gewerkschaften... Man vergleiche damit das Ergebnis in Köln und auch in Düsseldorf. Da sind es doch wahrhaftig nicht Arbeiter, die den Sieg des Sozialdemokraten herbeigeführt haben. Bürgerliche und Beamtenkreise haben das in politischer Verblendung getan. Das „bürgerliche“ Köln wählt den Kandidaten der „Arbeiter“-Partei, die Arbeiterbezirke in derselben Provinz wählen die „bürgerlichen“ Abgeordneten“.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung ist jetzt in ein Stadium gelangt, in welchen die führenden Volkskreise in den verschiedensten Lagern an einer Stellungnahme zu ihr nicht mehr vorbeikommen. Dieser Tatsache hat auch bereits der Herr Reichskanzler Ausdruck gegeben, als er das Telegramm einer Siegesversammlung vom Wahlkreise Bochum am 26. Januar wie folgt beantwortete:

Hektor Legebe, Herne.

Verbindlichen Dank für Uebermittlung des Wahlergebnisses. Dieser Sieg bedeutet einen schönen Erfolg der patriotischen Haltung der christlich-nationalen Arbeiterpartei und der hingebenden Mitwirkung ihrer Führer.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg.

In den bürgerlichen Parteilagern wird sich alsbald die notwendige Ermüderung einstellen, sie wird sich einstellen müssen. Und dann ist die Zeit gekommen, daß für die christliche Gewerkschaftsbewegung auf der ganzen Linie mit einer wichtigen Aufklärungs- und Propagandaarbeit eingeleitet wird. Noch nie ist die Notwendigkeit einer starken christlich-nationalen Gewerkschaftsbewegung für Arbeiter, Volk und Vaterland so deutlich ausgesprochen worden, als durch den Ausgang der letzten Reichstagswahlen. Müssen wir daher die Zeit!

Eröffnet sonach die durch den Wahlkampf neu-geschaffene Lage der christlichen Gewerkschaftsbewegung keine ungünstigen Perspektiven, so bleibt aber trotzdem bestehen, daß die gegenwärtige Situation für die innerpolitische Entwicklung unseres Vaterlandes, sowie für dessen Stellung im Rate der Völker eine überaus ernste ist. Wenn einmal 35 Prozent der über 25 Jahre alten Männer, bewußt oder unbewußt, sich gegen die Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen Verhältnisse aussprechen; wenn ferner weite bürgerliche Kreise am politischen Hyperbalkanismus selbst die ruhigeren Elemente innerhalb des sozialdemokratischen Lagers übertreffen, so ist das eine tiefere Erkenntnis, der mit der erforderlichen Gründlichkeit und Tiefe nachgegangen werden muß. Ueber diese Zusammenhänge wird man an den zuständigen Stellen eine ernste Gemeinseinerforschung anstrengen müssen.

Bei der vorletzten Wahl sind für die christliche Gewerkschaftsbewegung in den verschiedensten Bezirken größere Schwierigkeiten hervorgerufen. Diesmal sind solche — von einem einzigen Bezirk abgesehen — nicht bekannt geworden. Die grundsätzlichen Auseinandersetzungen innerhalb unserer Bewegung während der letzten Jahre gelegentlich des Reichsvereinsgesetzes, der Reichsversicherungsreform und der Reichsversicherungsordnung, sowie der Umstand, daß in Bezirken mit komplizierten politischen Verhältnissen die Funktionäre der christlichen Gewerkschaften sich eine größere Reserve auferlegt haben, sind unserer Bewegung bei dem diesmaligen Wahlkampf sehr zuflutend gekommen. Schwierigkeiten haben sich lediglich gezeigt an der Saar. Darüber wird demnächst an anderer Stelle geredet werden müssen.

Welche Taten von dem neuwählten Reichstag nach der sozialpolitischen Seite zu erwarten sind, läßt sich von vornherein nicht sagen: die Zusammenfassung ist eine zu unsichere. Hoffentlich erschöpft sich die Tätigkeit des neuwählten Reichstages nicht mit sozialpolitischen Reden und Anträgen, wie dies an dem 1903 gewählten Reichstag, in dem bekanntlich auch schon 81 Sozialdemokraten saßen, zu beobachten war; mit Reden und Anträgen kann sich die deutsche Arbeiterkraft kein Brot kaufen. Was ihr nützt sind lediglich greifbare parlamentarische Erfolge. Die christliche Gewerkschaftsbewegung hat auch im neuwählten Reichstag wieder eine Anzahl warmer Freunde. Neben unsern Kollegen seien genannt die Herren Proj. Dr. Hise, Dr. Pieper; weiter wurde neu gewählt Graf Posadowski, der sich schon in seiner früheren Stellung als Staatssekretär mehrfach warm für die christlichen Gewerkschaften ausgesprochen hat. Ebenfalls neu gewählt wurde Herr Vic. Mümm: er ist in unseren Kreisen zu bekannt, als das wir noch Besondere über ihn zu sagen brauchen. Auch Herr Justizrat Karl Trimborn, der leider in Köln unterlegen ist, wird in wenigen Monaten wieder dem Reichstag angehören.

Für die christlichen Gewerkschaften hat die Reichstagswahl keine größeren Ueberraschungen gebracht. Doch die Sozialdemokratie 4 Millionen Stimmen erhalten würde, wurde bei dem Kampfe unter den bürgerlichen Parteien während der letzten Jahre allgemein vorausgesetzt und angenommen: daß sie mehr Mandate erhalten hat als man annahm und als den sozialdemokratischen Führern selbst ermunst ist, ist fürwahr für die christliche Gewerkschaftsbewegung kein Nachteil; im Gegenteil: der Kampf gegen die sozialdemokratische Phrase, den die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren mit Nachdruck aufgenommen, läßt sich in dieser neuen Situation wirkungsvoller als je führen: die jetzige Stärke der Sozialdemokratie ist zugleich ihre Schwäche.

## lohnbewegungen und Differenzen.

### Kampf oder Friede in der Wagbranche?

Eine inhaltsschwere Frage, die heute mit Bestimmtheit noch nicht beantwortet werden kann. So viel steht jedoch fest, daß, wie aus den vorliegenden Berichten hervorgeht, die örtlichen Verhandlungen wohl nirgends zu einem Ergebnis führen und sämtliche Orte vor das Forum der Hauptortstände gelangen werden, da nirgends Aussicht besteht, bis zu den zentralen Verhandlungen da oder dort zu einer Einigung zu gelangen. Meinungsverschiedenheiten bestehen nicht nur in grundsätzlichen Fragen, wenn auch nicht in dem Umfange wie bei den materiellen Fragen. Hier scheinen Verabredungen in Arbeitgeberkreisen zu bestehen, nichts oder nur einige Prozente zu bewilligen und wo dies geschieht, stellen die Arbeitgeber Gegenforderungen hinsichtlich der Verarbeitung oder Kompensierung bisher bezogener Extrawerke, wodurch die kleinen Zugeständnisse mehr wie ausgewogen werden.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, haben die Verhandlungen nicht rechtzeitig begonnen, so daß aus diesem Grunde schon an eine Durchberatung der Tarifvorlagen am Ort nicht gedacht werden kann. Bei den Verhandlungen selbst herrscht, wie aus den Berichten hervorgeht, unter den Arbeitgebern eine Stimmung, die wohl die Frage:

Kampf oder Friede

in der Wagbranche ihre Berechtigung gibt. Und auch andere

Gelegenheiten werden benötigt, dieser Stimmung Ausdruck zu geben.

So soll der Innungs-Obermeister einer rheinischen Stadt bei einer feierlichen Veranstaltung durch Anklagen scharfmacherischer Töne die Feststimmung gesteigert haben. Wir wollen nicht unterfragen, ob diese Stimmung von innen herauskam, oder von außen hineingetragen wurde; uns genügt die Tatsache des Vorhandenseins. Und mit dieser Tatsache müssen wir rechnen. Wird diese Stimmung bis und bei den zentralen Verhandlungen noch weiter genährt, dann ist die Frage über Kampf oder Friede entschieden.

Die zentralen Verhandlungen dürften, nachdem seitens der Beihilfenverbände die Differenzen den Hauptortständen zur Schlichtung überwiesen hatten — unseits ist dies am 6. Februar geschehen — in der Zeit vom 12.—17. Febr. stattfinden.

### Die Zuschneiderbewegung in Mainz.

In den Ausläufern der Konfektionsaufschneider in Mainz ist keine Veränderung eingetreten. Die Bewegung ist einseitig vom freien Verband eingeleitet worden, jedoch schlossen sich die bei uns organisierten Kollegen der Bewegung an. Verhandlungen haben bisher noch keine stattgefunden, die Arbeitgeber lehnen die Organisation als die Vertretung der Aufschneider ab, andererseits machen sie geltend, daß der südwestdeutsche Konfektionsstark von der Arbeitnehmerorganisationen gemeinsam abgeschlossen sei, während hier nur der freie Verband allein vorgeht und sie (die Arbeitgeber) auch diesbezüglich nicht die Verhandlungen eintreten könnten. Erst als dem freien Verband sein einseitiges Vorgehen seitens der Arbeitgeber vor Augen geführt wurde, bequeme man sich, nachträglich die Unterzeichnung eines unserer Kollegen zu holen. Der Kampf dreht sich also zunächst um die Anerkennung der Organisation.

### Der Streik im Altschaffener Gebiet erfolgreich beendet.

Nach knapp dreimonatlichem Streik wurde am Freitag, den 26. Januar die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem das Ziel dieser Bewegung, tariflich geregelte und erhöhte Löhne erreicht war. Bekanntlich scheiterten die ersten Verhandlungen, die am 19. und 20. Januar stattfanden. Nachdem bei diesen Verhandlungen über die verschiedensten Grundfragen eine Einigung nicht zu erzielen war, machten die Arbeitgeber folgendes Angebot:

Die sofortige Lohnzulage von 5% für die Uebergangszeit bis Inkrafttreten des zu schaffenden Tarifes; sofortige Aufnahme der Arbeit mit gleichfolgenden Tarifverhandlungen, die in einer bestimmten Frist beendet sein sollten.

Die Vertreter der Konfektionsaufschneider waren bereit, diese 5% für die Uebergangszeit anzunehmen. Dagegen lehnten sie die sofortige Arbeitsaufnahme ab, und zwar aus begründeten Gründen. Vor allem, weil über die Höchst- und Mindesttariffsätze gerade der Hauptpositionen an den beiden Verhandlungstagen von den Vertretern der Arbeitgeber Vorschläge gemacht wurden, die entschieden zu niedrig waren. Wenn schon unter dem Einbruch des Streikes solche Angebote im Ernste gemacht wurden, wäre, wenn erst die Arbeit aufgenommen war, alles Mögliche zu erwarten gewesen.

Nachdem also diese Verhandlungen gescheitert waren, wurden am folgenden Dienstag von dem Vorsitzenden des Altschaffener Gewerbevereins Rechtsrat Dr. Schwind, weitere Verhandlungen anberaumt. Zum ersten Male trat hierbei die gesamte Lohnkommission der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer in Tätigkeit. Nachdem die Arbeitgeber noch einmal antraten, die Arbeit wieder aufzunehmen, die Arbeitgebervertreter dagegen erklärten, erst wenn der ganze Tarif durch beraten sei, gingen die Beratungen schneller von statten, so daß in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag die Verhandlungen beendet waren.

Der Tarif tritt am 1. April 1912 in Kraft und dauert bis 31. Dezember 1915, mit dreimonatlicher Kündigung. Vom 14. Februar bis 1. April wird auf die Gesamtlohnsumme 5% Aufschlag gewährt.

### Neuer Tarifvertrag.

Zwischen der Firma Nathan & Söhne M.-Glöbba, dem Verbands christlicher Schneider und Schneiderinnen, dem Gewerksverein der Heimarbeiterinnen und dem „freien“ Schneider-Verband, wurde auf die Dauer von 3 Jahren ein Tarifvertrag für alle bei dieser Firma beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch friedliche Verhandlungen abgeschlossen. Der Vertrag regelt die Arbeitslöhne für Schneider und Näherinnen, gleichwohl ob sie im Betriebe oder als Heimarbeiter außerhalb des Betriebes beschäftigt werden. Für einen Teil der Näherinnen sind Tageslöhne von 1,50 bis 3.— M. eingeführt und bedeutet dieses auf alle Fälle einen besonderen Fortschritt.

Für Zuschneider gelten auch fernerhin Wochenlöhne, sie bewegen sich zwischen 27 M. als Mindestlohn und 33 M. als oberste Grenze. Jedoch liegt es im Ermessen der Firma auch über diese Höhe hinaus zu zahlen. Zuschneider erhalten 24 bis 33 M. als Mindestlöhne.

Die Wähler erhalten wie früher Abfordlöhne. Alle in Betrieben beschäftigten Arbeiter haben eine Kündigungsfrist von 14 Tagen, dagegen besteht für Heimarbeiter keine Kündigung. Sofern bisher höhere Löhne als die in diesem Tarif festgelegten bestanden haben, finden Abzüge nicht statt.

Bei der Ablieferung wird innerhalb der Lieferfrist Bartegeld gezahlt, sofern die Ablieferung über eine

(Fortsetzung in der Beilage).



dem Vorstande des sozialdemokratischen Verbandes keine Gegenliebe, und an dieser Klippe scheiterten die zentralen Verhandlungen. Bei den örtlichen Verhandlungen über die Arbeitsnachweisfrage nahmen unsere Vertreter den gleichen Standpunkt ein, wie unser Hauptvorstand. Auch hier erfuhr die Vorlage das gleiche Schicksal, wie bei den zentralen Verhandlungen, weil die Vertreter des soz. Verbandes sich nicht dazu verstehen konnten, unseren Antrag anzunehmen. Sie haben dadurch befundet, daß es ihnen bei der Angelegenheit weniger um die Regelung der Arbeitsnachweisfrage zu tun war, sondern daß sie eine „parteiliche“ Einrichtung mißbrauchen wollten, für ihre Zwecke im trüben zu fischen. Solange jedoch eine solche Auffassung von der „Parteilichkeit“ in den Kreisen unserer gegnerischen Organisation vorherrscht, verzichten wir gerne darauf, mit diesen Herren gemeinsam einen „parteilichen“ Arbeitsnachweis zu schaffen.

Besondere Sektionen innerhalb der Zahlstelle bestehen für die Uniformschneider, die Damenschneider und für die Kollegen in Mülheim a. Rh. Die Sektionen haben den Zweck, den speziellen Brancheninteressen, sowie bezüglich der Sektion Mülheim, den örtlichen Interessen eine solche gemäße und intensive Förderung angedeihen zu lassen. Im verflossenen Jahre hat sich namentlich die Sektion Mülheim gut entwickelt.

Versammlungen, Konferenzen und sonstige Sitzungen fanden insgesamt 166 statt. Die Korrespondenz erledigte sich in 1001 Postausgängen.

In den Herbst- und Wintermonaten fand, wie auch in früheren Jahren ein Zuschneidedeurlaub für Herren- und Damenschneider statt. Fachlehrer war wiederum Herr Feld, Direktor der Modenschule der Zuschneidervereinsung für Rheinland und Westfalen. An dem Ausflugs beteiligten sich 19 Kollegen für das Herrenfach und 13 Kollegen für das Damenfach. Die Teilnehmer zahlten 15.— M. Honorar, während sie sonst bei einem Wendenurlaub 50.— M. aufwenden müssen. Auch erhalten Verbandskollegen, wenn sie befristet durch die Organisation befristet, 20 Pfg. Rabatt.

Auskünfte inbezug auf die rechtlichen Verhältnisse im Arbeitsvertrag wurden in größerer Zahl erteilt. In Unfalls-, Invaliden-, Mietsachen und dergl. Angelegenheiten finden unsere Mitglieder Rechtshilfe durch das Arbeitersekretariat der kath. Arbeitervereine. Auch hieron wurde in vielen Fällen Gebrauch gemacht. In einem Falle erhielt ein Kollege bei einem Unfallschaden (Daumenbruch) durch Vermittlung des Arbeitersekretariats eine Wundbehandlung von 1000 M. Verrichtungen am Gewerkegericht wurden vom Sekretär des Verbandes in 4 Fällen übernommen.

Konnten wir schon in unserem vorjährigen Bericht darauf hinweisen, daß durch Steuerreformationen, die für unsere Mitglieder unentgeltlich angefertigt wurden, in 23 Fällen den Kollegen insgesamt 521, 25 M. an Steuern erspart wurden, so können wir heute berichten, daß auch in diesem Jahre unsere Arbeiten nach der Seite von Erfolg waren. Zwar waren im letzten Jahre die Reklamationen nicht so groß an Zahl, jedoch ebenso erfolgreich. Insgesamt wurden in 11 Fällen eine Steuerermäßigung von 239,88 M. erzielt. Dabei verdient hervorgehoben zu werden, daß die Steuerermäßigungen in 2 Fällen erst dann gewährt wurden, nachdem wir gegen die erstinstanzliche Entscheidung Berufung eingelegt hatten. In einem dieser Fälle wurde sogar in zweiter Instanz, nachdem die Veranlagungskommission eine Ermäßigung abgelehnt hatte, der Steuerfuß von 18.— M. Einkommensteuer auf 6.— M. ermäßigt; ein Fingerzeig für die Kollegen, bei Steuerangelegenheiten sich nicht ohne weiteres mit der erstinstanzlichen Entscheidung zufrieden zu geben.

Differenzen waren zu schließen bei der Firma J. Michels. Wegen dieser Firma wurden fortwährend Klagen geführt wegen der geradezu miserablen Bezahlung der Arbeiten, welche nicht tariflich erfolgt sind. So wurde uns u. a. ein Fall gemeldet, wo für ein Sportfad mit 9 Tafeln, Brust- und Rückenfaulen und dreiteiligem Gürtel 10.— M. an Arbeitslohn gezahlt wurden. Ähnliche Fälle könnten wir viele anführen. In der Weihnachtswoche des letzten Jahres ging die Firma noch weiter. Arbeiten, welche in Köln seit 1905 allgemein bezahlt wurden — wie blinder Kermesschnitt, Nähsteppen beim Wäfer usw. — wurden kurzerhand abgezogen. Alle Reklamationen und Vorhaltungen der einzelnen Arbeiter fruchteten nichts. Die Firma blieb bei ihrer Weigerung. Erst als die Arbeiter die Organisation zu Hilfe nahmen und die Firma merkte, daß ihr von dort auf den Leib gerückt wurde, erklärte sie sich bereit, die abgezogenen Beträge nachzuzahlen.

Wenn wir so das verflossene Jahr nochmals übersehen, so dürfen wir uns keine Überhebung fagen: Wir haben unsere Schuldigkeit getan. Allen Kollegen, welche im letzten Jahre in der Verwaltung, in der Agitation oder sonst in irgendwelcher Art an der Festigung unserer Zahlstelle mitgearbeitet haben, sei an dieser Stelle der wärmste Dank ausgesprochen. Mögen sich auch in dem bevorstehenden Jahre stets treue Mitarbeiter finden, welche ihre Kraft in den Dienst der guten Sache stellen, damit wir, wenn die Spilloserkladen das Jahr 1913 verfließen, 500 Mitglieder unserer nennen können.

**Samburg.** Am 28. Januar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Außer den zahlreich erschienenen Kollegen waren anwesend der Bezirksleiter Kollege Ledwiler und auch der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftsrates. Dem vom Vorsitzenden gegebenen Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen. Das verflossene Jahr hat wiederum die Ortsgruppe trotz vieler Schwierigkeiten weiter gebracht. Wieder ist ein Jahr voll reicher Kleinarbeit vergangen. Vertieft und befestigt hat die Ideale der christlichen Gewerkschaftsbewegung bei den alten Kämpfern

hineingetragen sind sie in die jugendlichen neuen Kämpfer unserer Sache. Eine bedeutende Anzahl interessanter Vorträge sind im verflossenen Jahre gehalten worden über die verschiedensten Gebiete der christlichen Gewerkschaftsbewegung, namentlich auch die Zahl der Versammlungsbesucher eine nicht immer zufriedenstellende war. Die Rahmenverhältnisse sind entsprechend der Mitgliederzahl glänzend zu nennen, besonders erfreut sich die Zahlstelle einer sehr guten Vorkasse. In der Agitation war ebenfalls, und besonders im letzten Herbst rege Bewegung, jedoch ist bei den anerkannt schwierigen Verhältnissen am Ort noch immer nicht ein der aufgewandten Arbeit entsprechender Erfolg zu verzeichnen. Doch es heißt nicht ruhen, bis die letzten auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehenden Kollegen beim Kollegen unseren Reihen zugeführt sind. Aus der sodann folgenden Vorstandssitzung gingen folgende Kollegen hervor. Gewählt wurde: 1. Vorst. Kollege Weber, 2. Vorst. Kollege Hoff, 1. Kassier Kollege Stödel, 2. Kassier Kollege Jumbert, Schriftführer Kollege Bernold, Kartelldelegierte die Kollegen Stödel und Jumbert, Kassendepotoren die Kollegen Heim und Prinz, Bücherwart Kollege Prinz. Nachdem der Vorsitzende dann noch einen kurzen Bericht über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen mit dem Abao gegeben hatte, nahm zum Schluß Kollege Ledwiler das Wort, um in ernsten, zündenden Worten die gefassten Kollegen anzusprechen zu erneuter, zielbewußter Arbeit im Dienste der hehren Sache der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

**Nied.** Endlich will unsere Zahlstelle auch mal was von sich hören lassen. Am Mittwoch den 24. Januar hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, an welcher Kollege Ledwiler teilnahm. Durch den steten Wechsel ist unsere Mitgliederzahl nicht viel gestiegen. Doch konnten wir in letzter Zeit noch einige Neuzugänge und drei Übertritte vom freien Verband verzeichnen. Nun zählt unsere Zahlstelle einige verheiratete Kollegen, was ihr sehr gut gefällt hat, um den Fortbestand unserer Zahlstelle zu sichern. Auch unter den Jugendlichen haben wir recht eifrige Mitglieder. In den Vorstand wurden gewählt die Kollegen Schindler, Vorführer, Turbin Schriftführer, Sauer Kassierer und Niemann als Vertrauensmann. Darauf hielt Kollege Ledwiler einen interessanten Vortrag. Die rege Diskussion gab Zeugnis, mit welchem Interesse alle den Vortrag verfolgt hatten. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, in diesem Frühjahr recht eifrig für den Verband zu agitieren. NB. Sollten Verbandsmittelglieder, welche sich verändern wollen, Lust nach Kiel verspüren, so können sie sich zwecks Auskunft an den Vorführer, Kollegen Schindler, Schauenburgerstraße 91 III. wenden.

**München.** Ende gut, alles gut. Dies trifft in vollem Umfange für das Jahr 1911 zu. Es kann ruhig gesagt werden, es war ein Jahr des Aufstiegs, nach innen und nach außen. Schon im ersten Quartal zeigte sich die Notwendigkeit der Anstellung eines Geschäftsführers. Am 26. März 1911 trat der gewählte Kollege seinen Vertrauensposten, von Augsburg herüberkommend, an. Durch den Umstand, daß die vielen mannigfaltigen Arbeiten in der Hauptstadt nach der geschäftlichen Anstrengung bisher gemacht wurden, war es selbstverständlich, daß in organisatorischer wie agitatorischer Hinsicht manches mehr oder weniger des Ausbaues bedurfte. Deshalb erließ Kollege Hampf seine ganze Tätigkeit auch in diesen Tatsachen und wenn im großen ganzen auch nur einzelne Wochentage dazu verwendet werden konnten, so kann doch gesagt werden, daß das oben zitierte Sprichwort seine Berechtigung hat. Unsere Zahlstelle ist sowohl nach innen, wie nach außen getätigt und gefruchtet. Das beweisen die Zahlen, die in der Generalversammlung ungeteilten Anlauf fanden. So ist als sehr erfreulich zu berichten, daß in der Vertragsleistung durch ein durchgreifendes, ausgebautes Vertrauensmännchen ein großer Fortschritt eingetreten ist. So konnte im 2. Quartal eine Vertragsleistung von 134 verzeichnet werden, wie selbst auch in dem schlechtesten, geschäftlichen Quartalen der Prozentzahl immer noch 10,5 beträgt. Auf gleiche Stufe kann auch das Vermögen der Vorkasse gestellt werden. Dasselbe ist im Jahre 1911 um über 200 Mark gestiegen trotz der erhöhten Ausgaben. Das dementsprechend auch die Einnahmen der Zentrale gestiegen sind, braucht nicht erst erwähnt zu werden. Erfreulich ist es zu nennen, daß ganz besonders in der Mitgliederzunahme ein Beweis dafür liegt, daß die Mitglieder sehr wohl sich ihrer Pflicht im verflossenen Jahr bewußt waren. Möge das auch im bevorstehenden Jahre der Fall sein. Was nun die Unterstützung und Schmutz unserer Mitglieder betrifft, so wurden 21 Mitglieder, 2 außerordentliche, 6 Beizugs- und 9 Vertrauensmännchenverpflichtungen gehalten.

Außerdem hielten die Damenschneider 5 Versammlungen ab. Vorträge wurden gehalten vom Bezirksleiter A. Frei 11, vom Gewerkschaftssekretär 2, Junke 1, vom Kartellsekretär Käseberg 1, vom Geschäftsführer S. Hampf 17.

Dieselben erstreckten sich auf die neuesten Fragen der Zeit, wie z. B. Gauschiedsgerichte, Tarifverträge und ihre Bedeutung im wirtschaftlichen Leben, Sozialismus 2 Vorträge, Reichsversicherungsordnung, Brüsseler Weltausstellung und unser Handwerk u. a. m.

Der Besuch der einzelnen Versammlungen hat sich zwar in den letzten Quartalen gehoben, dürfte aber immerhin auf Grund unserer Mitgliederzahl ein besserer sein. Weiter kann verzeichnet werden, daß 3 Gauschiedsgerichtsverfahren stattfanden. Der erste Fall betraf die Firma Schwarz & Sohn, und ergab die Verhandlung, daß die Waffenträger für Einjährig-Zweijährige u. a. als Waffenträger für Offiziere in Betracht kommen und auch als solche bezahlt werden müssen. Der zweite Fall betraf die Firma Fibor. Nach wegen Nichtbezahlung des langen Falsons. Die Verhandlung ergab, daß ein Arbeiter nach der 2. Probe das Falson zu einem langen gestalten mußte, weshalb er mehr Arbeit hatte. Das Urteil lautete auf Entlohnung der langen Falson. Der 3. Fall betraf eine Fäucher. Firma wegen Lohnaufschlag zur Sonntagsarbeit. Das Urteil lautete auf Bezahlung der Sonntagsarbeit. Daraus ergeben die Mitglieder, von welcher weittragender Bedeutung die Orts- und Gauschiedsgerichte sind. Außerdem wurden 3 Klagen am Gewerkegericht anhängig gemacht und erledigt: 1 Fall durch Vergleich, 1 Fall durch Wänsung, 1 Fall ohne Erfolg. Die Verbindung mit dem Kartell wurde durch den Besuch von 8 Delegierten auf uns angenehme aufrechterhalten und gestärkt. Außerdem wohnte der Geschäftsführer ebensovielen Ausflügen des Kartells bei. Um die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Mitglieder ebenfalls zu berücksichtigen, wurden am 1. Dezember der Herrenkassierentwurf getätigt, über dessen weiteres Zustandekommen wir später berichten werden. Zur Vorbereitung der Lohnbewegung fanden 19 Tarifsituationen statt. Außerdem fand 1 gemeinsame Sitzung aller beteiligten Organisationen statt. Der Zweck war, die prinzipiellen Forderungen der Schiffe entgegen zu nehmen, um sie dann, mit feinsten des Herrn Schombert erklärt wurde, einer Arbeitsbefreiung zu unterbreiten. Das auch in

agitatorischer Hinsicht geleistet wurde, was die vielseitige Betätigung des Geschäftsführers in der zur Verfügung stehenden Zeit zuleh, beweist zur Genüge die stabile Mitgliederzahl, die ganz besonders durch bewundernswürdige Mitarbeiter einzelner Kollegen erreicht werden konnte. Im 4. Quartal fand eine durchgreifende Hausagitation statt und war der Erfolg ein sehr beachtenswerter, ein Beweis, daß diese Art der Agitation immer noch die beste ist.

Auch die auswärtige Agitation weist erfreuliche Mitgliederzunahmen nach. Daß zur Erledigung einer prompten Geschäftsführung eine umfassende Korrespondenz notwendig ist, braucht Gewerkschaften nicht erst auseinanderzusetzen zu werden. Eine weitere Erweiterung besteht darin, daß seit 1. Dezember ein Bureau errichtet wurde in der Fürstentorstraße 4/III.

So ließe sich manches noch anführen, daß sich im verflossenen Jahre ereignete, es würde jedoch im Rahmen eines Zeitungsberichtes zu weit gehen. Wir können ruhig sagen, das Jahr 1911 war für uns ein Jahr befriedigender Arbeit, Sorge und Mühe; aber doch ein Jahr des Erfolges nach allen Seiten. Und so können wir ruhig mit dem Dichter sagen: Mit Geduld und Zeit, wirds Maubervblatt zum Altschiff. Für uns gibt uns das verflossene Jahr zugleich den Schlüssel des aufgeloßten Kartells in die Hand, monach aber Erfolg in langsamer, aber stetig vorwärtsstrebender Schaffenskraft liegt. Deswegen rufen wir allen Mitarbeitern zu, schaff auch im neuen Jahre mit gleicher Ausdauer und der Mehrerfolg ist der größere Lohn eurer Betätigung. Die Mitglieder aller Zahlstellen sollen schriftliche, das Verbandsleben interessierende Angelegenheiten an S. Hampf, Fürstentorstraße 4/III, richten. Ebenso können Zugereichten Arbeitsnachweise in gleicher Weise einreichen. Die einzelnen Bureauzeiten sind jeweils abends von 7—8 Uhr. Es ist gut, wenn bei Arbeitsbedarf man sich vorher im Bureau erkundigt, um eventuelle Schäden hintanzuhalten.

Nun mit erneuter Schaffenskraft wirken für unsere Ideale, das sei die Lösung für das neue Jahr, denn was wäre die Erfüllung der Pflicht, wenn sie keine Opfer kosten würde.

**Wilhelmschaven.** Am 19. Jan. hielt unsere Zahlstelle ihre erste Generalversammlung ab, welche sehr stark besucht war, ein sprechender Beweis, daß der christl. Gewerkschaftsgedanke hier gute Wurzeln gefaßt hat. Nach Verlesung des Protokolls und Bekanntgabe der umfangreichen Tagesordnung wurde die Abrechnung vom 4. Quartal bekannt gegeben und erläutert. Da keine Beanstandung vorlag, wurde auf Antrag dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Zum Punkt Vorstandswahlen erhielt zunächst Kollege Ledwiler-Odenburg das Wort, um über die Bedeutung der Generalversammlung zu sprechen. Redner appellierte an die bisher geübte Oppositivität und Ausdauer der hiesigen Kollegen und gab dem Wunsch Ausdruck, daß die Wahlen glatt von statten gehen mögen. Er ermahnte uns, aber auch, daß die Arbeiten nicht von einzelnen Kollegen verlangt werden dürfen, sondern jeder ein Teil mit zu übernehmen habe. Lust und Liebe zur Gewerkschaftsarbeit führen zu gemeinsamem Wirken und auch zu Erfolgen. Ganz besonders betonte er, wie notwendig gut gekaufte Vertrauensleute sind, die keine Mühe scheuen dürfen, um der Situation Einhalt zu gebieten, nicht Zeitungsträger, sondern Geistesträger sollen die Vertrauensleute sein. Mit der Auforderung, auch im neuen Jahre treue Mitarbeiter für unsere Sache zu finden, schloß Kollege Ledwiler seine mit Beifall aufgenommenen Ausführungen. Darauf erfolgten die notwendigen Wahlen, die mit Beifallzustandungen der gegültigten Resultate verbunden waren. Sehr erfreulich war, daß unser bisheriger Kassierer, Schriftführer und die Vertrauensleute sich freiwillig melbten zur weiteren Fortführung ihrer Posten. Als Nachfolger des bisherigen Vorführers Carl Schroll, dem es triftiger Gründe wegen nicht möglich ist seinen Posten weiterzuführen, wurde der Kollege J. Hiemer gewählt. Auch die übrigen Wahlen wurden dem Votum der Bereitwilligkeit der betref. Kollegen glatt erledigt. Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Errichtung gewerkschaftlicher Diskussionsabende. Auch hierzu machte unser Bezirksleiter sehr bemerkenswerte Ausführungen. Die Versammlung beschloß daher einen abgehenden Antrag an das Ortskartell einzulegen. Eine rege Diskussion entspann sich über rasche Angelegenheiten und wurde hierzu beschloffen, den Bezirksleiter zu beauftragen, die Regelung derselben durchzuführen.

Allen Kollegen, die sich um die Zahlstelle besonders verdient gemacht haben, sprach die Versammlung lobende Anerkennung aus. Nach einem kurzen, zu neuer Arbeit ermunternden Schlußwort wurde die interessant verlaufene Generalversammlung mit einem „God“ auf das fernste Blühen und Gedeihen der Zahlstelle Wilhelmschaven geschlossen.

## Rundschau.

### Innungen und Arbeitgeberverbände.

Vom preußischen Handelsministerium ist kürzlich das Rechtsverhältnis der Innungen zu den Arbeitgeberverbänden genauer festgelegt worden. Der Minister betont, daß durch den Anschluß einer Innung an einen Arbeitgeberverband nur die Innung als solche Mitglied des Arbeitgeberverbandes wird, und daß daher die Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes für die einzelnen Mitglieder der betreffenden Innung keine unmittelbare Wirksamkeit haben. Ueber die Frage, inwieweit die die einem Arbeitgeberverbande beigetretenen Innungen befugt sind, ihre Mitglieder zur Befolgung der Satzungen und Beschlüsse des Arbeitgeberverbandes anzuhalten, entscheiden neben den allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen die Vorschriften der Gewerbeordnung über die zulässigen Aufgaben der Innungen. So würde z. B. die Anweisung irgendwelcher Zwangsmittel seitens der Innung gegen ihre Mitglieder zur Durchführung einer von dem Arbeitgeberverbande beschlossenen Aussperrung von Arbeitern mit den Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Koalitionsfreiheit nicht vereinbar sei. Die Mitglieder einer Innung, die dem Arbeitgeberverbande beigetreten ist, können demgemäß nicht verpflichtet werden, ihre Arbeiter nach einem Beschluße des Arbeitgeberverbandes in bestimmten Fällen auszusperrten.

### Die neuen Invalidenarten.

Der Bundesrat hat laut Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 10. November 1911 über die neuen Invaliditätsarten für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, sowie über die Entwertung und Vernichtung von Beitrags- und Zusatzkarten Bestimmung getroffen. Da sich die Einrichtung der gelben Karten für Pflicht- und freiwillige



## Beilage zur Nr. 3 der Schneider-Zeitung.

Stunde dauert, Massenfieferungen sind davon ausgeschlossen. Aus dem Vertrag sich ergebende Streitigkeiten werden zwischen den in Betracht kommenden Organisationen geregelt; wird eine Einigung nicht erzielt, so ist das Gewerbegericht anzurufen. Der Vertrag bringt prinzipiell und finanziell große Vorteile für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma R. Rubin. Möchten nur alle in der Stadtdarstellung beschäftigten Arbeiter erkennen, daß ihre Interessen am besten in der Organisation gewahrt sind.

## Verbandsnachrichten.

**Mitglieder:** wahrt Euch durch pünktliche Beitragszahlung Euer Recht an den Verband. Wer mit seinen Beiträgen sich im Rückstand befindet, hat seinen Anspruch auf Unterstützung verliert.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 6. Wochenbeitrag für 1912 fällig, worauf wir unsere Mitglieder in ihrem eigenen Interesse aufmerksam machen.

Die Zahlstelle Nürnberg erhält die Genehmigung, ihren Lokalbeitrag für die Monate März, April und Mai auf 10 Pf. pro Woche zu erhöhen.

Folgende Zahlstellen haben bis zum 6. Februar noch abgerechnet: Augsburg, Amberg, Baden-Baden, Karlsruhe, Rempten, Regensburg, Rastatt, Sigmaringen, Stuttgart, Straubing, Wittenberg, — Frankensachsen, Heideberg, Jülichheim, Offenbach, Mainz, Speyer, Schweinfurt, Würzburg, Bonn, Koblenz, R. a. Rhein, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Hagen, Hamburg, Hildesheim, Neumünster, Witten, Berlin, Garmisch, Garmisch, — Altona, Dresden, Leipzig, Halle, Leipzig, Marienburg, Marienwerder, Schneidemühl. — Für die Zahlstellen liegt der heutige Zeitung das (rote) Belegformular bei, welches dem Kassierer auszuhändigen ist.

Der Zentralvorstand.

J. A. A. Schwarzmann.

## Aus den Zahlstellen.

## Jahresbericht der Zahlstelle Münster.

Wiederum sind wir am Schluß eines bemerten und arbeitreichen Jahres angelangt. Gatten wir doch gleich im Anfang des Jahres Arbeit in Güte und Fülle und uns kaum ausgeruht von der Aufstellung der neuen Tarife. Gleich das erste Vierteljahr war an Sitzungen sehr reich, denn es galt den Zivil- und Militärärzten von 1908 zu erneuern und den Damen- und Herren- zu einführen. Diese Arbeit begann mit der Beratung des Zivilärztes. Es muß hier noch angemerkt werden, daß der freie Verband zum erstenmale am Tarifabschluß beteiligt war und zwar mit 2 Sigen in der Lohnkommission mit kaum 20 Mitgliedern, jedoch mit 150 Mitgliedern nur 4 Sige beanspruchten. Es kann also von Ausnahmefällen sprechen, wie es im vorigen Jahre in verschiedenen Städten, wie Saarbrücken, verpasst wurde, nicht gesprochen werden. Gleich in der ersten Sitzung mit den Arbeitgebern kam es hierüber zu Differenzen, weil konsulten der Arbeitgeber nur eine 5er Kommission gewünscht wurde und die freien dann nur ein Mitglied behalten hätten. Wir traten aber zugunsten der freien ein und voran 6 Mitglieder. Der Abw. brachte hierauf die Verhandlung ab und erst nach 8 Tagen hatte er sich anders besonnen, so daß die Verhandlungen ihren Fortgang nehmen konnten. Es wurden nur unwichtige Punkte erledigt, besonders was Gewerbesteuer anbelangt, so war am Ende nichts herausgeholt und es blieb für die Frankfurter Verhandlung Arbeit genug übrig. Daselbst schied wieder der Uniformtarif. Trotzdem derselbe sehr niedrig steht, wollten die Arbeitgeber nur wenig geben und wir setzten unsere ganze Kraft ein, um gerade hier etwas heraus zu holen. Nach mehreren Sitzungen, die sich spät in die Nacht ausdehnten, wurde dann schließlich etwas zugegeben, aber lange nicht in dem Maße, wie es eigentlich für die Verhältnisse von Münster hätte sein müssen. Leider muß hier gesagt werden, sind die Uniformschneider selbst selbst Schuld und das traurigste ist, daß der Unzufriedenheit mit dem Schluß, ja oft noch mehr darunter zu leiden hat. Deshalb hätten die Uniformschneider allen Grund sich zusammenzuschließen und ein geschlossenes Ganzes zu bilden.

Also die meisten Positionen des Uniformtarifes gingen mit nach Frankfurt, das heißt was Grundpreise anbelangt. Der dritte im Bunde war der Damen- und Herren- tarif, der hier zum erstenmale eingeführt wurde. Nachdem in zwei Sitzungen darüber beraten war und bis auf vier Positionen alles erledigt wurde, so mußten auch diese die Reise nach Frankfurt mitmachen. Die Kollegen Große-Racht in Suer, die beauftragt wurden in Frankfurt die Sache zu vertreten, hatten also Arbeit genug und es war gerade nicht beneidenswert, die vielen Positionen zu vertreten. Im ganzen hatten dieserhalb am Orte 22 Sitzungen stattgefunden. Auch an dieser Stelle wollen wir denjenigen Kollegen, die in den verschiedenen Kommissionen mitgearbeitet haben, unseren besten Dank abgeben und man soll nicht nachlässig denjenigen Kollegen für kleine Fehler, wenn sie vorgekommen sind, Vorwürfe machen, denn wo ist heute der Tarif, der keine Fehler und Mängel nachzuweisen hat. Also mehr Mitarbeit und weniger Kritik. Was der Zivil- und Damen- schneider anbelangt, so sind die Kollegen einigermaßen in Frankfurt auf ihre Lasten gekommen, aber desto schlechter erging es der Uniformschneider. Obgleich wir, wie oben angeführt, viel Gewicht auf den Uniformtarif legten und wir Gründe dafür genug ins Feld führten, (z. B. eine Garnison mit fast 1/2 abeligen Offizieren) wurde uns rundweg alles abgelehnt und wir bekamen (sage und schreibe 5 Pf. in Worten 5 Pf., auf eine Gose bewilligt). Es war also weniger erfreulich, dieses Resultat in Münster in einer eigens dazu einberufenen Versammlung bekannt zu geben. Aber die organisierten Uniformschneider sagten: „Ich nachsehen und besser machen“, und auch sie werden etwas besseres zu erwarten haben.

Die Feststellung der einzelnen Tarife hatte der Arbeitsverband übernommen und es waren noch einige Sitzungen notwendig, bis er in Druck werden konnte, und was dann, als wir die Korrektur davon bekamen, uns ständige Arbeit auf, davon einige verbessert wurden, andere aber später zu Differenzen führten und teilweise jetzt noch

nicht erledigt sind. Ortschiedsgerichtssitzungen fanden zwei statt und wurden 6 verschiedene Fälle verhandelt, wovon 2 am Ort und 4 in 2 Gewerbegerichtssitzungen erledigt wurden. In einem Falle kam ein Vergleich zu Stande, in drei Fällen wurden die Arbeitgeber verurteilt. In einem Fall mußten wir durch einen dreitägigen Streik dem Urteil Rechtskraft verleihen (die Arbeitgeber hatten nämlich oder wollten besser gesagt) an das Gewerbegericht Berufung einlegen, was ja (die Arbeitgeber sollten es eigentlich wissen) ausgeschlossen ist. Auch mußten wir in verschiedenen Sachen sowie Tarifangelegenheiten und Einführung der Lohnbücher vorstellig werden, aber die hiesige Ortsgruppe des Arbeitsverbandes hat sich bitter wenig darum, und wir werden deshalb andere Mittel ergreifen müssen, um zu unserem Recht zu kommen. Wir sehen also, daß es im verflossenen Jahr sehr lebhaft herging und viel Arbeit zu überwinden war. Daß die Agitation und Aufklärungsarbeit unter diesen Gesichtspunkten zurückließ, wird jedem, der einigermaßen die Münsterischen Verhältnisse kennt, einleuchten.

Die Konjunktur war in diesem Jahre gerade nicht besonders gut zu nennen, hatten wir doch im Frühjahr nur eine kurze Saison und im Herbst war überhaupt von Saison wenig zu merken, so daß wir im November schon Arbeitslose zu verzeichnen hatten. Es muß hier gleichzeitig bemerkt werden, daß ein Mangel an Schneidern in den letzten Jahren hier überhaupt nicht mehr gemeldet ist. Trotzdem wie gesagt, hier Arbeitskräfte genug zu haben sind, kommt es vor, daß Geschäfte ihre Höfen in Essen machen lassen, obgleich dort der Arbeitslohn bedeutend höher ist. Sollten die hiesigen Arbeitgeber wirklich Essener Löhne bezahlen, warum dann noch Gelder um einige Pfennige Lohnerhöhung?

Versammlungen wurden abgehalten 2 außerordentliche und 24 Mitgliederversammlungen; außerdem eine Anzahl Werkstattversammlungen und Befriedungen. Was den Versammlungsbesuch anbelangt, so hätte dieser, abgesehen von einigen gut besuchten Versammlungen ein besserer sein können. Viele Mitglieder glauben eben, mit dem Zahlen der Beiträge ihre Pflicht erfüllt zu haben, bedenken aber nicht, daß ihre Teilnahmelosigkeit lähmend auf das Ganze wirken muß. Es darf die Meinung nicht plag greifen, daß jetzt, nachdem der Tarif wieder neu abgeschlossen ist, die positive Mitarbeit aller überflüssig wäre. Nein! Jetzt muß erst recht alles mit Hand anlegen, die Organisation nach außen noch mehr zu festigen, die noch fernstehenden Kollegen für uns zu gewinnen.

Die Mitgliederbewegung war auch im abgelaufenen Jahre eine recht lebhafte. Aufgenommen wurden 63 Mitglieder, zugereicht sind nur 11. Dagegen sind 30 abgereicht und 31 sind teils ausgetreten und teils wegen rückständiger Beiträge gestrichen worden. Wenn uns die wirkliche Mitgliederzunahme auch nicht befriedigt, so müssen wir aber auch mit dem Umstand rechnen, daß sich die jüngeren Kollegen in Münster nicht lange halten, sondern sich in den Großstädten bessere Arbeitsmöglichkeiten suchen, daher die hohe Zahl der Abgereichten, während der Bezug ein nur geringer ist.

Nach dem Jahresbericht hatte die Hauptkasse eine Einnahme von 2880.80 M. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 7178, womit wir wohl zufrieden sein können, da im Durchschnitt auf das Mitglied 47 Wochenbeiträge entfallen. In der Beitragsleistung ist infolgedessen ein beachtenswerter Fortschritt zu verzeichnen, als die Zahlstelle mit Beginn des 3. Quartals von der 3. in die 4. Beitragsklasse übergetreten ist.

Alles in allem genommen, können wir mit dem abgelaufenen Jahre zufrieden sein. An den Einzelnen wird es liegen, welche Erfolge uns das eben begonnene Jahr bringen wird.

Neben der Betätigung unserer Zahlstelle, die wirtschaftliche Lage der Kollegen zu sehen, ließ es sich auch das Erstarrte anlegen sein, durch Errichtung einer gemeinsamen Kassenkassensatzung und einer Freischaukassensatzung, den geschlossenen Arbeitern noch weitere Vorteile zu bieten, die nicht unterdrückbar sind, wenn wir die Preise für Kohlen und Schmelzschmelz mit den ortsüblichen Preisen vergleichen. So kostete der Zentner Kohlen 86—90 Pf. und wurden von unseren Mitgliedern allein für über 2000 M. bezogen. Schmelzschmelz sind sehr rund hundert geschlachtet und das Pfund zu 40—45 Pf. verkauft, während es sonst mit 85—90 Pf. bezahlt werden mußte. Die Errichtung hat insbesondere bei der Feuerungsperiode außerordentlich gewirkt und fand auch volle Anerkennung. Mögen denn auch die Frauen unserer Mitglieder den Wert der Organisation und deren Einrichtungen immer mehr erkennen, denn sie sind es nicht zuletzt, die unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden haben. Nachdem wir über das hauptsächlichste berichtet haben, wollen wir mit erneutem Fleiß an die Arbeit für das Jahr 1912 gehen, gilt es doch in diesem Jahre das 10jährige Bestehen unserer Zahlstelle zu feiern. Da dürfen wir nicht ruhen, bis der letzte Mann unserer Verbände aufgeführt ist. Handeln wir alle nach dem Dichterverbot:

Schaffen und Streben

Allein nur ist Leben

und der Erfolg ist unser.

Die Ortsverwaltung.

## Die Zahlstelle Köln im Jahre 1911.

Das Jahr 1911 war für die Zahlstelle Köln eines der erfolgreichsten seit der Gründung des Verbandes. Innerlich unbüßlich gefestigt steht heute die Zahlstelle als eine feste Schutzwehr gegenüber allen Fährnissen des Berufslebens. Wir dürfen von uns sagen, daß wir im verflossenen Jahre alle an uns herangetretenen Aufgaben entschlossen und besonnen in Angriff genommen und, soweit es im Bereich der Möglichkeit lag, zu einem guten Ende geführt haben.

Die Arbeitsmarktsverhältnisse lagen auch im verflossenen Jahre für die Kölner Berufsleute nicht besonders günstig. Wenn auch die Frühjahrsaison ausreichende Beschäftigung bot, so hatten umso mehr die Kollegen in dem nachfolgenden langen Sommer und in der äußerst stillen Herbstzeit vielfach unter Arbeitsmangel zu leiden. Es ist dies eine Erscheinung, welche nun schon mehrere Jahre hindurch wiederkehrt.

Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Berichtsjahres 325. Neu aufgenommen wurden 209, zugereicht kamen 79 und übergetreten vom sozialdemokratischen Verband sind 6 Mitglieder. Dagegen war ein Abgang zu verzeichnen von 21 Mitgliedern. Von den Begehren sind ausgetreten 27 Mitglieder, 88 mußten gestrichen werden infolge rückständiger Beiträge. Außerdem sind abgereicht 145 Kollegen und einen Kollegen hat uns der Tod entzogen. Dem Gesamt-

abgang an Mitgliedern von 294 steht ein Abgang von 211 gegenüber, so daß die effektive Zunahme der Mitgliederzahl 83 beträgt. Am Schluß des Jahres sind 408 Mitglieder vorhanden, und zwar 398 männliche und 10 weibliche.

Entsprechend der erhöhten Mitgliederzahl haben sich auch die Kassenverhältnisse aufwärts entwickelt. Der Markenumlauf stieg von 14388 Stk im Jahre 1910 auf 16366 Stk im Jahre 1911. Die Einnahmen betrugen 10622.18 M., die Ausgaben 5058.83 M. An die Hauptkasse wurden 4795.39 M. gefandt.

An Unterstützungen wurden gezahlt: Reiseunterstützung 224.56 M., Krankenunterstützung 566.20 M., Sterbegeld beim Ableben der Ehefrau eines Mitgliedes 22.50 M.; ferner aus lokalen Mitteln für besondere Fälle 15.50 M. Insgesamt wurden somit in der Kölner Zahlstelle im letzten Jahre 828.70 M. an Unterstützungen gezahlt.

Lohnbewegungen wurden geführt in der Uniformlieferungsbranche und in der Detailkonfektionsbranche. In beiden Branchen gelang es, einen Lohnantrag abzuschließen. Der Lohnantrag für die Uniformlieferungsbranche, welcher die Lohnsätze für die Uniformen der städt. Beamten regelt, wurde abgeschlossen mit der Gewerkschaftsvereinigung der Schneidergewerbetreibenden des Handwerksammerbezirks Köln G. m. b. H. und dem Arbeitgeberverband der Kölner Uniformbranche. Der Tarif sieht eine Erhöhung der früheren Löhne von 10—15 Proz. vor. Nachträglich hat auch die Firma Michels den Tarif für die Lieferungsbranche anerkannt.

Die Verhältnisse in der Detailkonfektionsbranche waren bis vor einem Jahre äußerst verworren. Die Arbeitgeber zahlten größtenteils nach Willkür. In jedem Geschäft wurden andere Löhne gezahlt. Sechs bis zehn, teilweise sogar 11 verschiedene Lohnsätze in einem Geschäft konnten wir feststellen. Daß bei einem derartigen System die Arbeiter die Leidtragenden sind, liegt klar auf der Hand. Durch den Tarifabschluß gelang es nun, einigermaßen Klarung in der Branche zu schaffen. Der Tarif sieht 6 Klassen vor, und brachte den Arbeitern, die in der Branche beschäftigt sind, im Durchschnitt 10 Proz. Lohnerhöhung. Ein großer Fortschritt ist auch die Festlegung der Löhne für die Extrararbeiten, welche früher größtenteils umsonst gemacht werden mußten. Wenn auch nicht allen Wünschen der Kollegen Rechnung getragen werden konnte, da die Organisation in der betreffenden Branche noch nicht besonders stark war, so dürfen wir den Abschluß des Tarifs trotzdem als guten Erfolg für die Organisation buchen. Der Grund ist gelegt, auf dem nach Ablauf des Vertrages im Jahre 1914 weiter gebaut werden kann. An die Maßschneider, welche infolge schlechter Beschäftigung in der stillen Zeit Konfektionsarbeiten machen, ergeht die Bitte, auch ihrerseits dazu beizutragen, den Tarifvertrag überall durchzuführen und hochzuhalten.

Am 23. Mai wurde die Gesellschaftsauswahl zur Zwangsinnung für das Damen- und Herrenschneiderinnenhandwerk getätigt. Unsere Kandidaten erhielten 56, die des sozialdemokratischen Schneiderverbandes 62 Stimmen. Wir blieben somit um 7 Stimmen hinter den Stimmen der Sozialdemokraten zurück. Das Resultat kann uns durchaus befriedigen, wenn es auch nicht den Sieg unserer Kandidaten brachte. Unsere Damen- und Herrenschneider haben bei der Wahl ihre Schuldbildung und ganz getan.

Anfangs des Jahres wurde sowohl an die Herrenschneiderzwangsinnung, als auch an die Zwangsinnung für Damen- und Herrenschneiderinnen der Antrag auf Einführung des Verhältniswahlsystems bei den Wahlen zu den Gesellschaftsausschüssen gestellt. Der Antrag war wohl begründet. Allein die Tatsache, daß bei der letzten Wahl des Ausschusses zur Herrenschneiderzwangsinnung 45 Proz. und bei der letzten Ausschlußwahl zur Zwangsinnung für Damen- und Herrenschneiderinnen 48 Proz. der abgegebenen Stimmen auf unsere Kandidaten entfielen, bezeugt, daß es recht und billig ist, einer solchen starken Minorität eine Vertretung bei den Innungen zu gewähren. Weiter konnten wir uns darauf berufen, daß heute bei fast allen sozialen Institutionen die Verhältniswahl eingeführt ist. Die Gesellschaftsausschüsse der beiden Innungen jedoch waren reaktionärer als die Gesetzgebung im letzten Jahrgegend. Sie setzten alles daran, den Antrag zu Fall zu bringen. Dabei sind diese Herren Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes, der angeblich den Fortschritt in Erbschaft genommen hat. Zum Glück reicht der Einfluß der Ausschlußmitglieder nicht so weit, über derartige Anträge zu entscheiden. Beide Innungen nahmen deshalb fast einstimmig, gegen die Stimmen der Ausschlußmitglieder, unseren Antrag an, so daß, wenn die Ausschlußbehörde die Statutenänderung genehmigt, uns bei den nächsten Wahlen eine Vertretung gesichert ist.

Die Frage der Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises beschäftigte uns ebenfalls im letzten Jahre. Ende 1910 fanden bekanntlich Verhandlungen bzgl. Einführungen paritätischer Arbeitsnachweise zwischen den Hauptverbänden, dem Arbeitgeberverbande einerseits und den drei Gewerkschaften andererseits, statt. In dem Entwurf der Geschäftsordnung für diese Arbeitsnachweise war das Organisationsprinzip insofern durchgeführt, daß organisierte Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Arbeiter- bzw. Arbeitsvermittlung in erster Linie berücksichtigt werden sollten. Um nun einem Mißbrauch des Arbeitsnachweises zu anderen Zwecken vorzubeugen, sollte der Vorstand der gewerkschaftlichen Organisation einen Antrag, der verlangte, daß in die Geschäftsordnung der zu errichtenden Arbeitsnachweise eine Bestimmung aufgenommen werde, die vorseh, daß Verbandsgeschäfte auf den Büros der Arbeitsnachweise erledigt werden. Dieser Antrag fand jedoch bei



Weiterversicherung, sowie der graven für Selbstversicherung im Falle des § 1243 Reichsversicherungs-Ordnung dieselbe gebühren. Die Karten sind nach wie vor binnen zwei Jahren nach dem Ausstellungstage zum Umtausch einzureichen, zur Vermeidung des § 1420 folgende Rechtsnachweise. Gültigkeitsbescheinigungen sowie Verlängerungen der Gültigkeitsdauer unterbleiben künftig. Es ist, so lesen wir in der „Rhein. Zeitung“, zu behaupten, daß auf die Vorderseite der gelben Umtauschkarten nicht der Vermerk gekommen ist: „Von Amts wegen zu prüfen, ob Marken für die Zeit vor Ausstellung rückständig sind.“ Diesen Zusatz wünschte die Praxis und er hätte sicher zum Schutz der Versicherten gedient. In den Umtauschkarten für Selbstversicherte fehlt ein Zusatz, daß die Rückverwendbarkeit von Marken für Zeiten von Beginn der Selbstversicherung unzulässig ist. Der Zusatz wäre angezeigt gewesen, um Mißverständnisse bei der Ziffer 3 der Bemerkungen in der Innenseite der graven Karten vorzubeugen. Neu ist, daß das Kleben der Marken jetzt künftig zunächst nur auf der linken Seite erfolgen und dann erst auf die rechte Seite übergehen soll. Ein Durchkleben der Marken soll daher nicht mehr stattfinden. Neu ist in der Aufzeichnung der Karte die Spalte für die neuen Zusatzmarken; daß diese in die Umtauschkarte eingeklebt werden müssen und daß nicht vielmehr besondere Karten für Zusatzmarken eingeführt sind — was leider die Reichsversicherungsordnung nicht vorschreibt —, wird in der Praxis zu Schwierigkeiten führen und das Institut der Zusatzversicherung beeinträchtigen. Es führt zu weit, das Nähere hier auszuführen. Umtauschkarten alten Modells werden nach dem 1. Dezember 1911 nicht mehr ausgegeben. Die bis dahin ausgetauschten dürfen aber innerhalb zweier Jahre nach dem Ausstellungstag oder nach dem Tag der verlängerten Gültigkeitsdauer noch weiter verwendet werden. Die Entwertung der Marken geschieht in derselben Weise wie bisher, nur ist auf die Marken künftig nicht mehr der Entwertungstag, sondern der letzte Tag des Zeitraums zu setzen, für den die Marke gilt, bei Zusatzmarken der Tag, an dem die Marke eingeklebt wird. Die neuen Entwertungsbestimmungen traten am 1. Januar 1912 in Kraft.

### Die freien Hilfskassen

müssen nach der Reichsversicherungsordnung, abgesehen von anderen Bedingungen zugelassen werden, wenn sie mehr als 1000 Mitglieder zählen. Es können vom Minister auch solche Hilfskassen zugelassen werden, die weniger als 1000 oder mehr als 250 Mitglieder haben. Man konnte aber auf Grund der Verhandlungen über die Reichsversicherungsordnung von vornherein annehmen, daß diesen Kassen nicht leicht die Genehmigung erteilt werde. Tatsächlich hat denn auch der Minister für Handel und Gewerbe in einem Bescheid vom 21. November 1911 an den Regierungspräsidenten in L. erklärt, daß er diese Genehmigung grundsätzlich verweigere. Der Bescheid lautet nach dem Ministerialblatt der Handels- und Gewerbeverwaltung wörtlich: „Ich werde von der Begründung aus § 503 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung, wonach in Abs. 1 a. a. O. für die Zulassung der eingetragenen Hilfskassen als Ersatzkassen vorgeschriebene Mindestmittelszahl herabgesetzt werden kann, grundsätzlich keinen Gebrauch machen. Sie wollen die Kranken- und Sterbekasse für sämtliche Berufsstände in R. (E. G.) hiernach bescheiden und zugleich darauf hinweisen, daß es ihr überlassen bleibt, als Zusatzkasse ihren Mitgliedern neben den ihnen von den Krankenkassen geleisteten Unterstützungen weitere Ansprüche zuzugestehen. gez. Dr. Eyboos.“

Die in Frage kommenden Hilfskassen werden also gut tun, sich rechtzeitig darauf einzurichten.

### Internationales Arbeitsamt.

Risik der gewerblichen Gifte und anderer gesundheitsschädlicher Stoffe, die in der Industrie Verwendung finden. Nach den Beschlüssen des Komitees der Internationalen Vereinigung für geistlichen Arbeiterbeschäftigten von Prof. Dr. Th. Sommerfeld und Gewerbetätigen Dr. R. Fischer. Redigiert durch den händigen hygienischen Beirat der Internationalen Vereinigung, Jena, Verlag von Gustav Fischer, 1912. Preis 1 Mk. 1.25.

Die Internationale Vereinigung für geistlichen Arbeiterbeschäftigten hat von Anfang an in ihr Arbeitsprogramm auch den Schutz der durch gewerbliche Gifte gefährdeten Arbeiter aufgenommen. Sie hat es als eine ihrer wichtigsten Aufgaben betrachtet, geeignete Grundlagen zu schaffen, auf welchen sich eine wirksame Befreiung von geschädigten Zwecken aufbauen könnte. Diese Bestrebungen gaben Anlaß zu umfassenden Erörterungen und eingehenden Untersuchungen der auf diesem schwierigen Gebiete auftauchenden Fragen. Dabei spielen unter anderen die Angelegenheiten für gewerbliche Vergiftungen sowie für die Erzeugung und Verwendung gewerblicher Gifte, die Aufmachung von Krankheitsstatistiken über besonders gefährdete Betriebe, die angustierende gewerbliche Ausbildung und Schulung der Arbeiter, die

fachmännische Beaufsichtigung der gesundheitsgefährlichen Betriebe und die Regelung der Arbeitszeiten der Giftarbeiter eine besondere Rolle. Die Behandlung dieser und ähnlicher Fragen ließ sich selbstverständlich ein Verzeichnis der Stoffe mit ausgeprochenem Giftcharakter wünschenswert erscheinen.

Diese „Giftliste“ liegt nun vor und die Namen der Fachmänner aller Länder, die bei ihrer Bearbeitung beteiligt waren, leisten für ihre sorgfältige Bearbeitung volle Gewähr. Sie enthält zunächst eine kurze Geschichte dieser Bestrebungen, sodann ein alphabetisches Verzeichnis der Gifte, die in der Industrie vorkommen, in denen eine Vergiftung in Frage kommt, die Art und der Ort der Einwirkung des Giftes, die Vergiftungserscheinungen, sowie die besonderen Maßnahmen gegen die Vergiftung werden hier erörtert. Eine Reihe von Verlässen, aus der Feder Gewerbetätigen Dr. Fischer (Berlin) über die Stellungnahme der Betriebsleitungen und der Ärzte zu dieser Frage bildet den Abschluß zu dieser Arbeit. Auf 30 Seiten wird in ihr der gegenwärtige Stand des gewerblichen Wissensbestandes über Vergiftungen kompiniert und die Grundzüge für weitere sachkundige Bestrebungen zur Bekämpfung der industriellen Vergiftungen in allen Ländern geschaffen. Die Giftliste wird den Krankenkassen, den Gewerbetätigen, den Aufsichtsbeamten, den Betriebsleitern, angustierenden Betrieben den Gewerbetätigen sowie den Arbeitern der angustierenden Betriebe selbst wertvolle Dienste erwiesen.

### Eine bemerkenswerte Entscheidung

fiel kürzlich das Gewerbegericht in Köln. Eine Näherin verlangte von einer Firma fünf Mark Ration zurück. Die Firma verweigerte die Zahlung. Als Begründung gab sie an, die Näherin habe Damenhöfen zur Fertigstellung erhalten und sechs Stück zu wenig wiedergebracht. Die Näherin wandte demgegenüber ein, sie hätte die sechs Höfen nicht erhalten. Der Firmenvertreter möchte geltend, es hänge ein Plakat aus, durch welches die Näherinnen aufgefordert wurden, die empfangenen Sachen nachzugeben. Die Näherin erwiderte hierzu, sie sei eine Französin und könne nicht deutsch lesen. Das Gericht verurteilte die Firma zur Zahlung des Betrages. In der Begründung wird gesagt, daß den Näherinnen die Sachen bei der Uebergabe vorgezeigt werden müssen. Die belagte Firma habe nicht nachweisen können, daß die Näherin die fehlenden sechs Damenhöfen erhalten habe, weil die Höfen in verschlossenen Paketen verteilt wurden. — Ohne Zweifel eine sehr bemerkenswerte Entscheidung. Unsere Kolleginnen und Kollegen tun gut, sich das Urteil zu merken.

### Ein Nachspiel

#### zum Breslauer Konfektionschneiderstreik

berichtet die Fachzeitung für Schneider. Vor dem Schöffengericht in Breslau hatte sich der Schneider Hugo Olschowski wegen Betrugs zu verantworten. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: O. hatte im Mai 1911 die Mitgliedschaft im Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands erworben und sich am 17. Juli 1911 ausgetretenen Konfektionschneiderstreik beteiligt. Er arbeitete als Feinmacher mit seiner Frau und einem Gehilfen für die Firma Knaback Rarfundelstein und ließ die erste Streikwoche die Arbeit vollständig ruhen; er selbst war während dieser Zeit verheiratet. In der zweiten Woche nahm jedoch die Frau mit dem Gehilfen die Arbeit wieder auf, während O. selbst sich regelmäßig zur Streikkontrolle meldete. Die Streikleitung wies wiederholt darauf hin, daß es ein Verbrechen sei, wenn einige Zwischenschlichter glaubten, es genüge, wenn sie sich selbst am Streik beteiligten, ihre Gehilfen und Näherinnen könnten weiter arbeiten. Nur wer die Arbeit vollständig ruhen lasse, habe Anspruch auf Unterstützung. Zu widerhandelnde würden wegen Betruges zur Anzeige gebracht. Trotzdem erhob O. bis zur vierten Woche seine Unterstützung. In der fünften und letzten Woche war das verwerfliche Treiben Olschowskis zur Kenntnis der Streikleitung gekommen. Hinterher brüstete sich dann noch Frau O., auf welche Weise sie mit ihrem Manne den Verband betrogen habe. Der Staatsanwalt beantragte 18 Mk. Geldstrafe evtl. 6 Tage Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag hinaus und verurteilte O. zu 30 Mk. Geldstrafe evtl. 10 Tagen Gefängnis und Erlegung der Kosten. Der Vorsitzende begnügte das härtere Urteil damit, daß die Streikliste um diesen Betrag geschädigt worden ist und deshalb nicht unter dieses Strafmaß herabgegangen werden konnte. Die mitangeklagte Ehefrau wurde freigesprochen.

### „Bernunftmonarchist“

nannte sich nach der Rheinisch-Westfälischen Zeitung (Nr. 29/12) der Reichstagskandidat der Magdeburger Sozialdemokraten. Auch habe er nach Möglichkeit den Genossenrat vertrieben. Dieser Mandatsbewerber, Rechtsanwalt a. D. und „Genosse“ Landsberg hatte auf dem Parteitag in Jena bekanntlich eine wunderbare Auseinandersetzung über „lange

Ohren“ und „Reinlichkeit“ mit Stadtbagen. Sind das schon keine erbauenden Dinge, so wirkt die Propaganda des Sozialdemokraten Organs in Magdeburg für ihn wie eine Tragödie. Es brachte einen Artikel: „Die da nehmen im Gegenwartsstaat“, worin die Millionäre Magdeburgs aufammengefaßt werden. Nun verteuert der sozialdemokratische Kandidat für Magdeburg, Rechtsanwalt a. D. Landsberg ein Jahreseinkommen von 60000 Mk.! Da er seiner Rechtsanwaltspraxis nicht mehr nachgeht, dürfte diese Jahreseinkommen ein reines Renteneinkommen sein; der sozialdemokratische Kandidat ist also selbst Millionär. — Das ist ja nichts Neues — die sozialdemokratischen Führer sind zu einem nicht geringen Teil fette Kapitalisten — aber das sozialdemokratische Blatt bringt die Räte der Magdeburger Millionäre und — vergißt ausgerechnet den sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten! — „Reichstärker aller Länder beruhigt Euch!“ Der rote Millionär ist nun gewählt und — der Champagner wird billiger werden.

### Adressenänderungen.

Königsberg. Das Versammlungslokal befindet sich von jetzt ab in der Restauration Steinbach, Wagnerstr. 40/41. Neumünster. Vorheriger ist Kollege Jakob Schmidt, Kaiserstraße 12/0.

### Arbeitsnachweis.

Mehrere Grob- und Kleinschneider nach Bielefeld gesucht.

Näheres durch Kollegen H. Landwehr, Bielefeld, Herforderstraße 84.

Ein erstklassiger Kordarbeiter nach Hagen gesucht.

Näheres durch die Ortsverwaltung.

2 tüchtige Kordarbeiter und 1 tüchtigen Kleinschneider sucht Herrm. Polmeier, Bocholt i. W.

Jüngeren Damenstumpfschneider sucht

Leonhard Guder, Sulz i. Th.

Vorherige Anfrage erwünscht.

### Herren-Schneider

welche Lust haben, sich selbstständig zu machen, finden reichliche, dauernde Unterstützung u. werden eingerichtet durch grössere Herren- u. Knaben-Kleiderfabrik. Bedingung: Kleiner Grundbesitz, oder sichere Bürgen, oder etwas Ersparnisse. Off. unt. L. N. 9011 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Berlin W. 8.

### Nachruf.

Am 19. Januar verschied nach kurzem Krankenlager unser Mitglied

Robert Böfert

im Alter von 63 Jahren.

Er war Mitbegründer unserer Zählstelle Berlin und ebenfalls Mitbegründer unseres Verbandes am 1. August 1906. Er hat die Treue zum Verband in den so schwierigen Verhältnissen in Berlin nicht gebrochen und ist jederzeit mit ganzer Kraft eingetreten für die Ideale der deutschen Arbeiterbewegung. Möge seine Treue allen anderen Mitgliedern ein Vorbild sein und sein Andenken in ihrem Herzen bewahren.

Die Ortsverwaltung der Zählstelle Berlin.

## Moden-Akademie Thill,

Köln a. Rh. 7, Gereonshof 13.

Schneiderfachschule für theoretische und praktische Arbeiten.

Inh.: Chr. Thill, langjähriger Zuschneider und Fachlehrer.

Kurse im Zuschneiden und Anprobieren von jeder Zeitdauer.

Vervollkommungskurse in praktischer Näharbeit

als: Schicke Fassons, elegante Hosen, engl. Damengarderoben etc.

Ausbildung zum feinen Schneidermeister und Zuschneider unter Garantie.

Zuschneidekurse auf brieflichem Wege.

Der neue briefliche Zuschneidekursus für Herren- und Damengarderoben, nach

den drei verschiedenen Maßarten anzuwenden,

enthält alles, was in dem Hauptkursus an der Schule gelehrt wird.

Prüfung, Zeugnis und Diplom für jeden Teilnehmer.

Herren- und Knabengarderoben Mk. 30.—, Damengarderoben Mk. 20.—,

zusammen absolviert Mk. 40.—

Garantie: Zurückzahlung des Honorars bei Nichterfolg.

Schnittmuster nach Maß.

Herrengarderoben: Sakko, Rock, Hose, je Mk. 1.—, Gehrock oder Frack je

Mk. 1.25, Paletot, Ulster, Mantel, Wetterkragen je Mk. 1.50, Weste Mk. —.50,

Kinderanzug Mk. 1.—, Damengarderoben: Jackett, jeder Form, Mk. 1.—,

Mantel, jeder Form, Mk. 1.50, Kostümrock, jeder Form, Mk. 1.50. — Versand

nur gegen vorherige Einsendung des Betrages durch Postanweisung franko.

— Schnittmuster auf Tafeln zum Kopieren für alle Größen und Körperhaltungen

zu verwenden: Sakkos und Westen, Röcke und Westen, Paletots, Hosen,

Kindergarderoben, Damenjacketts je Mk. 3.50, zusammen Mk. 16.

Vollständig kostenlos: Probezeitung mit Lehrplan und Schnitttafel.

## Süddeutsche

## BEKLEIDUNGS-AKADEMIE, Stuttgart.

Gegr. 1883. Inhaber: J. Lechner. Gegr. 1883.

Neuerfundenes patentiertes Präzisions-Zuschneideverfahren.

Absolut sicheres System für Körpermaße, sowie für Berechnungen.

Neuzeitliche moderne Ausbildung im Zuschneiden

der Herren- und Damen-Garderobe.

Vornehme, elegante Schnittformen.

Beginn neuer Kurse am 1. und 8. jeden Monats.

Meister-Kurse werden auch auswärts abgehalten.

Verlag der Zeitschrift „Reform“ mit Modeller.

Lehrbücher- und Schnittmuster-Versand. — Stellenvermittlung.

Prospekte gratis durch: Die Direktion, Tübingerstraße 92.

